

Antwort der Partei DIE LINKE. auf die Wahlprüfsteine der Landesverkehrswacht

1. Welche konkrete Vorstellungen hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der örtlichen Verkehrswachten gibt es?

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte vor Jahren die Weitergabe der finanziellen Mittel durch die Landesverkehrswacht an die örtlichen Verkehrswachten unterbunden. In den letzten Berichten rückt der LRH von dieser Position ab und stellt fest, dass Ehrenamt nicht ohne hauptamtliche Unterstützung funktioniert. Diese Chance gilt es auf Landesebene zu nutzen. Dafür reicht eine Änderung der Zuwendungsbestimmungen, so dass es der Landesverkehrswacht wieder erlaubt ist, Gelder weiter zu reichen.

Die finanziellen Mittel müssen aufgestockt werden, insbesondere um das „Aussterben“ der örtlichen Verkehrswachten zu verhindern. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werben wir dafür, dass die sogenannten freiwilligen Leistungen an die örtlichen Verkehrswachten (weiterhin) gezahlt werden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Verkehrswachten zur kommunalen Pflichtaufgabe werden und finanzielle Erhöhungen in den Landeshaushalten langfristig für die Verkehrswachten aufgenommen werden.

2. Die derzeitige Unterstützung der Jugendverkehrsschulen ist ein ganz wesentlicher Schritt zum Erhalt der örtlichen Verkehrswachten, allerdings sind damit die vielfältigen Aktionen mit den verschiedenen besonders gefährdeten Zielgruppen nicht abgedeckt. Welche Vorstellungen gibt es für eine generelle Unterstützung der Verkehrswachten im Land?

Die bisherige Regelung auf Landesebene zur Finanzierung der Jugendverkehrsschulen war für die jetzige Landesregierung der einfachste Weg, um die örtlichen Verkehrswachten zu fördern. Wir haben das Bemühen der Landesregierung zur Kenntnis genommen, das reicht uns aber bei weitem nicht aus. Die Verkehrssicherheitsarbeit muss aus unserer Sicht für alle Zielgruppen ausgeweitet werden. Dazu besteht bei uns die Vorstellung, die Finanzierung über das Verkehrsministerium zu sichern und neben Projekten für Kinder und Jugendliche auch (weiterhin) Projekte für Senioren, Geflüchtete und Fahranfänger zu finanzieren.

3. Werden örtliche Verkehrswachten z.B. durch die zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten für die Vereinsarbeit bzw. für die Jugendverkehrsschule unterstützt?

Auf Landesebene nicht, in den Kreisen arbeiten die Kreis- und Stadtratsfraktionen an praktikablen Lösungen mit.

4. Wie könnte das Verfahren für die Beantragung von Fördermitteln so weit vereinfacht werden, dass die Voraussetzung auch von den ehrenamtlich Engagierten angewandt werden kann?

Wir würden dazu gern der Landesverkehrswacht ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und die LVW mit der Beantragung und Abrechnung beauftragen. Damit würde der „Umweg“ über das Landesverwaltungsamt entfallen. Zusätzlich soll die LVW personell in die Lage versetzt werden, die Ehrenamtlichen bei Antragstellung und Abrechnung zu beraten und zu unterstützen.

5. Wie könnte die personelle Situation der Verkehrswachten aus Ihrer Sicht verbessert werden, wie unterstützen Sie vor Ort Ihre Verkehrswachten?

Die personelle Situation der Verkehrswachten ist schwierig. Seit Beginn der 90er Jahre ist ihre Zahl von über 40 im Land auf weniger als die Hälfte geschrumpft. Deshalb haben wir neben dem Antrag „Verkehrssicherheitsarbeit im Land flächendeckend stärken“ (aus dem dann die Unterstützung der Jugendverkehrsschulen hervorgegangen ist) auch den Entwurf des Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes erarbeitet (nachzulesen unter <https://padoka.landtag.sachsen-nhalt.de/files/plenum/wp7/107stzg.pdf#page=64>).

6. Wie können Sie das örtliche Engagement konkret unterstützen?

Wir nehmen, wenn möglich, an den Veranstaltungen der örtlichen Verkehrswachten z.B. den Jahreshauptversammlungen und zum Tag der Regionen (zumindest vor der Pandemie) teil, um unsere Wertschätzung für die Arbeit zum Ausdruck zu bringen und den Ehrenamtlichen für ihr Engagement zu danken. Darüber hinaus unterstützen wir Verkehrswachten auch finanziell über den Solidarfond unserer Fraktion (zuletzt Verkehrswacht BBG) und private Spenden der Abgeordneten vor Ort.

7. Arbeiten Vertreter Ihrer Partei in einer Verkehrswacht mit?

Darüber liegen keine uns derzeit keine Informationen vor, wir gehen aber sicher davon aus, dass es auch Mitglieder unserer Partei in Verkehrswachten mitarbeiten.

8. Ist beabsichtigt, das Verkehrssicherheitsprogramm fortzuschreiben?

An der Erarbeitung des Verkehrssicherheitsprogramms des Landes Sachsen-Anhalt haben wir uns maßgeblich beteiligt. Einige der von uns damals eingebrachten Themen wurden dabei zurückgestellt, um in die angekündigte Fortschreibung aufgenommen zu werden. Diese ist aus unserer Sicht dringend geboten und wir werden uns weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen. Leider ist im aktuellen Radverkehrswegeplan des Landes das Thema Verkehrssicherheit und die Bedeutung der Verkehrswachten auch nur sehr marginal thematisiert.

9. Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll, dazu den Beirat für Verkehrssicherheit wieder zu aktivieren?

Auf jeden Fall. Die Mitglieder des Beirats tragen mit ihrem Fachwissen zur Verkehrssicherheit bei. Darauf darf eine Landesregierung nicht verzichten. Wir werden die Fortführung der Arbeit des Beirats wie bisher auch weiterhin einfordern.

10. Unterstützen Sie die Vision Zero und welche Schlüsse ziehen sie daraus hinsichtlich konkreter Themen der Verkehrssicherheitsarbeit?

Wir hatten im Februar 2018 im Landtag den Antrag mit dem Titel „Verkehrssicherheitsarbeit im Land flächendeckend stärken“ gestellt. Die Debatte konnten einige Vertreter*innen der Verkehrswachten live verfolgen. Unter <https://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/files/plenum/wp7/044stzg.pdf#page=107> können die dort vertretenen Standpunkt nachgelesen werden. Damit ist das Thema für uns nicht beendet, sondern wir setzen uns weiterhin für die Vision Zero ein, die auch weiterhin Kern der Fortschreibung des Verkehrssicherheitsprogrammes sein muss.

11. Allein im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Zweirad-Industrie-Verband e.V. (ZIV) über 5 Mio. Fahrräder in Deutschland verkauft, womit die steigende Bedeutung dieser Mobilitätsform deutlich wird. Mit welchen Konzepten wollen Sie diese Entwicklung (z.B. durch Ausbau von Radwegen) unterstützen?

Neben unseren Forderungen zum Ausbau von Radwegen und der Unterstützung der Kommunen bei der Planung und dem Bau von Radwegen halten wir auch die Schulung der Verkehrsteilnehmer*innen, die aufs Rad steigen, für notwendig. Die Konzepte der Verkehrswachten zu Trainings für Pedelecs und auch zur Sicherheit von Radfahrern müssen von Landesseite unterstützt werden. Wir unterstützen ebenfalls örtliche Initiativen, wie z.B. den Radentscheid Magdeburg und andere lokale Aktionen zur Stärkung des Radverkehrs und Verbesserung der Infrastruktur dafür.

12. Laut Bundesanstalt für Straßenwesen tragen deutschlandweit nur rund 23 Prozent der Radler einen Helm. Die tödlichen Unfälle mit Pedelecs sind im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 Prozent gestiegen. Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu einer Helmpflicht für Pedelecs, da diese in Geschwindigkeit und Fahrverhalten eher motorisierten Zweirädern ähneln?

Wir plädieren nicht generell für eine Helmpflicht für Radfahrende. Jedoch befürworten wir eine Helmpflicht für Speed Pedelecs und Bikes, die mehr als 25 Kilometer pro Stunde fahren.

13. Die Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ 2001), die eine Präzisierung der Einsatzbereiche von FGÜ nach der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) zu § 26 StVO darstellen, sind nicht mehr aktuell. Wird von Ihnen eine Neufassung angestrebt?

Diese Regelung betrifft Bundesrecht und bedarf der Aktualisierung. Die technischen Regelungen müssen mit den Verwaltungsvorschriften harmonisieren, damit es Klarheit bei der Rechtsanwendung gibt.

14. Sanktionshöhe und Sanktionswahrscheinlichkeit haben maßgeblichen Einfluss auf das Verkehrsverhalten. Welche Schritte werden von Ihnen unterstützt, den Bußgeldkatalog in der Fassung vom April 2020 wieder in Kraft zu setzen?

Der Landtag hat sich in der Sitzung am 12.06.2020 mit diesem Thema auseinandergesetzt, aus unserer Sicht mit der falschen Zielsetzung. Wir haben uns hier u.a. dafür eingesetzt, dass auch die Nicht-PS-starken Verkehrsteilnehmer*innen in ihren Rechten gestärkt werden müssen.

15. Welche Position nehmen Sie zu der Halterhaftung im fließenden Verkehr ein, ein Mittel das europaweit für mehr Beachtung der Verkehrsregeln führt?

Dies ist eine Debatte, die seit mehreren Jahren geführt wird, zu der sich unser Landesverband bisher jedoch noch nicht positioniert hat.

16. Wie stehen Sie zu einem generellen Alkoholverbot für Kraftfahrzeugführer und einer Absenkung der Promillegrenze für Radfahrer?

Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich. 0,0 Promille müssen für alle Verkehrsteilnehmer*innen gelten.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse – aber vor allem danken wir allen Engagierten in den örtlichen Verkehrswachten und in der Landesverkehrswacht für ihre wichtige Arbeit. In dieser Wahlperiode haben wir aus unserer Sicht Dank Ihres Engagements wichtige Themen aufgreifen können und wir würden diese Zusammenarbeit in der nächsten Legislatur gern fortführen und verstärken.